

KLEINE ANFRAGEN

Kosten der Weihnachtsbaumaktion nach Wien

VADUZ – Der VU-Fraktionssprecher Hugo Quaderer wollte im Landtag mit einer kleinen Anfrage an die Regierung Auskunft über die Gesamtkosten der Weihnachtsbaumaktion nach Wien, welche im November 2003 stattfand. Regierungschef Otmar Hasler kommunizierte die angefallenen Kosten wie folgt. Für die Transportkosten, welche das Fällen, Aufladen und Überbringen des Baumes nach Wien umfassen, seien Kosten von 43 422 Franken angefallen. Die Personal- und Transportkosten, welche im Zusammenhang mit der Standbetreuung in Wien angefallen sind, belaufen sich gemäss Regierungschef auf rund 35 501 Franken. Somit beliefen sich die Kosten für das Land Liechtenstein auf 79 000 Franken. Was das abgegebene Informations- und Werbematerial betreffe, so seien die dafür angefallenen Kosten von der Stiftung «Image Liechtenstein» übernommen worden, sagte Hasler. Dabei seien Kosten in Höhe von 33 021 Franken angefallen, «die nicht ausschliesslich dem Christkindlmarkt angerechnet werden können», denn Informations- und Werbematerial kann auch nach der Weihnachtsbaumaktion für weitere Werbung verwendet werden. (M. R.)

Vielsprachige Theorieprüfung

VADUZ – In Liechtenstein kann die theoretische Fahrprüfung seit einigen Jahren in verschiedenen Fremdsprachen abgelegt werden. Peter Lampert (FBP) stellte diesbezüglich eine kleine Anfrage an die Regierung. Lampert (Bild) verwies in seiner Anfrage auf die Tatsache, dass in den angren-



zenden Kantonen St. Gallen und Graubünden die Theorie-Fahrprüfung nur noch in Deutsch, Französisch, Italienisch sowie Englisch angeboten wird. Dies begründete die St. Galler Regierung damit, dass im Kanton St. Gallen 45 verschiedene Nationalitäten wohnen und man sich im Sinne einer Gleichbehandlung, auf die genannten Sprachen beschränke, führte Lampert bei seiner Fragestellung aus. So wollte er von der Regierung Auskunft darüber, ob sich die Regierung schon wie die Nachbarkantone mit dem Sprachproblem befasst habe, sie in Zukunft die Theorieprüfung nur noch in Deutsch und Englisch anzubieten gedenke und ob eine Statistik existiere, welche belege, wie viele und in welcher Sprache Fahrprüfungen in den letzten fünf Jahren die Theorieprüfung abgelegt hätten.

Computerunterstützte Theorieprüfung

Verkehrsministerin Rita Kieber-Beck erklärte, die Regierung habe sich mit der Neuregelung des Sprachangebotes noch nicht befasst. In Liechtenstein bestehe die Möglichkeit, die Basis-Theorieprüfung in neun Sprachen abzulegen. Diese möglichen Sprachen, würden auch von der asa, der Vereinigung der Strassenverkehrsämter der Schweiz, der auch Liechtenstein angehört, angeboten. Nur die beiden erwähnten Nachbarkantone würden nicht mehr alle von der asa zur Verfügung gestellten Sprachen anbieten. Obwohl mit der Einführung der computerunterstützten Theorieprüfung (CTU) die Einschränkung der Sprachen technisch problemlos möglich wäre, gab Kieber zu bedenken, «dass die Anforderung an die Kandidaten bezüglich ihrer Deutschkenntnisse sehr hoch ist». Weiter sagte Kieber, dass bisher keine statistische Auswertung über die verschiedenen Sprachen vorliege, wobei jedoch mit der seit Anfang Jahr eingeführten CTU eine solche Auswertung in Zukunft möglich sein werde. (M. R.)

Fairer Ausgleich ein Muss

Anfrage von Peter Sprenger (VU) betreffend EU-Zinsertragssteuer-Verhandlungen

VADUZ – Für die Regierung müsse eine Verhandlungslösung mit der EU betreffend Zinsertragsbesteuerung einen fairen Interessenausgleich beinhalten, wozu auch Gegenleistungen gehören. Dies sagte Regierungschef Hasler unter anderem auf eine kleine Anfrage des Abgeordneten Peter Sprenger (VU) im Landtag.

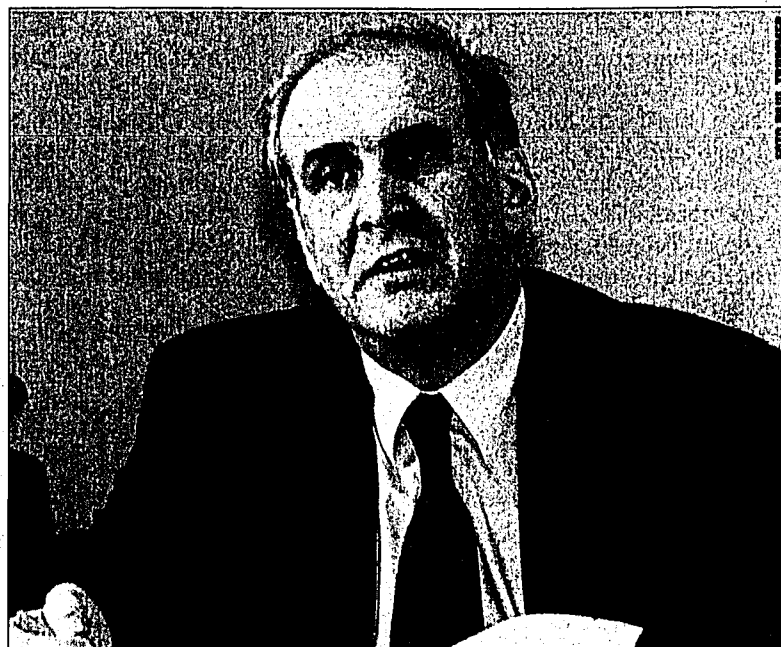
• Martin Risch

In einer kleinen Anfrage wollte VU-Abgeordneter Peter Sprenger von der Regierung Auskunft über den Stand der Verhandlungen mit der EU betreffend Einführung einer Quellensteuer auf Zinserträge. Dabei nahm Sprenger Bezug auf die Schweiz, welche mit der EU ein Abkommen bezüglich Zinsbesteuerung abschliessend verhandelt habe und seines Wissens mit der EU nur noch über die Unterzeichnungsmodalitäten streite. Im Gegensatz zur Schweiz habe Liechtenstein mit praktisch keinem europäischen Land ein Doppelbesteuerungsabkommen vereinbart bzw. abgeschlossen, mit der Folge, dass gewisse europäische Länder mit ihrer Steuerpraxis natürliche und juristische Personen in Liechtenstein eklatant benachteiligen würden. Dies verstosse klar gegen das Gleichbehandlungsgebot der Kon-

kurrenten im EWR, schickte Sprenger seinen diesbezüglichen Fragen voraus. Wie die Verhandlung mit der EU gediehe, ob die Regierung beabsichtige, eine EU-Quellensteuer voraussetzungslos zu gewähren und ob sich die Regierung für die Verhandlungen mit der EU ausländisches Experten-Know-how beigezogen habe oder beziehen werde, waren Sprengers Fragen an die Regierung.

Bereitschaft zur Lösungssuche

Bekanntlich verhandelt die EU mit verschiedenen anderen Staaten (Schweiz, San Marino, Monaco, Andorra), so genannten Drittstaaten, betreffend Zinsertragsbesteuerung. Die Verhandlungen Liechtensteins mit der EU müssten in zeitlicher Hinsicht in diesem Gesamtkontext gesehen werden, sagte Regierungschef Otmar Hasler. Im Bezug auf die Drittstaaten könne im Moment festgestellt werden, «dass einzig mit der Schweiz dem Grundsatz nach ein bereits ausverhandelter Vertragstext vorhanden ist». Liechtenstein verhandle bekanntlich seit dem Herbst letzten Jahres ebenfalls auf der Basis und Grundlage des Vertragsentwurfs der EU mit der Schweiz. Mehrere Verhandlungsrunden auf technischer Ebene sowie ein politisches Gespräch am 19. November hätten bisher stattgefunden. «In all diesen Gesprächen



Regierungschef Hasler: «Die Verhandlungslösung muss einen fairen Interessenausgleich beinhalten, wozu auch Gegenleistungen gehören.»

hat Liechtenstein seine Bereitschaft bekundet, eine Lösung mit der EU zu suchen», betonte Hasler und unterstrich: «Die Verhandlungslösung muss einen fairen Interessenausgleich beinhalten, wozu auch Gegenleistungen gehören.»

Unterschwellige Behauptungen

Was die Frage des Abgeordneten Sprengers bezüglich Einbezug von ausländischen Experten anbelange, stellte der Regierungschef klar, dass die Regierung sowohl bei den

Rechtshilfeverhandlungen mit den USA wie auch bei den Verhandlungen über die Zinsertragsbesteuerung auf verschiedene externe Experten zurückgreifen werde. Unter den besagten verwaltungsexternen Experten seien auch ausländische und «insofern sind in der letzten Frage Behauptungen enthalten, die nicht der Wahrheit entsprechen», erklärte Hasler auf die Fragestellung Sprengers Bezug nehmend.

Alternatives Verkehrsmittel

Kleine Anfrage von Walter Vogt (VU) betreffend Verkehrsstudien

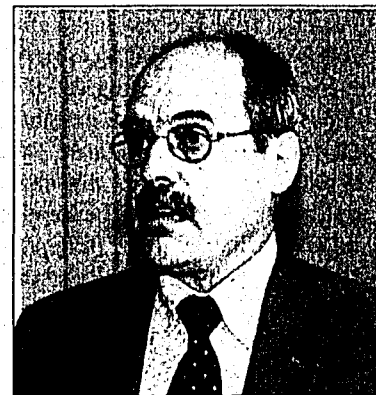
VADUZ – Als Grundlage für einen öffentlichen Dialog über Verkehrspolitik erstellte die Regierung zwei Studien: Eine Machbarkeitsanalyse für ein strassenunabhängiges Verkehrsmittel sowie eine Entwicklungsstudie zu einer möglichen Tunnelumfahrung der Ortschaften Schaanwald, Nendeln, Schaan und Vaduz.

Der VU-Abgeordnete Walter Vogt wollte von der Regierung wissen,

ab wann und wo die beiden Studien bezogen werden können und wie der «Zeitplan der Regierung in Bezug auf die Information der Öffentlichkeit» aussehe.

Regierungschef-Stellvertreterin Rita Kieber-Beck antwortete, dass die beiden Studien in einem gemeinsamen, lesefreundlichen Bericht zusammengeführt werden. Dieser Bericht wird mit einer Broschüre ergänzt, welche die zentralen Aussagen zusammenfasst. Im April wird die Regierung zu-

dem mit einer Pressekonferenz umfassend informieren. «Danach werden, wie angekündigt, die Bevölkerung, die Gemeindevorsteher und Gemeinderäte sowie die Wirtschafts- und Interessenverbände anlässlich von Informationsveranstaltungen eingeladen, sich zu informieren und sich an der Diskussion über mögliche zukünftige Verkehrssysteme zu beteiligen. Bis Ende Juni werden diese Diskussionsrunden abgeschlossen sein», so Kieber-Beck. (T. F.)



Abgeordneter Walter Vogt (VU)

ANZEIGE

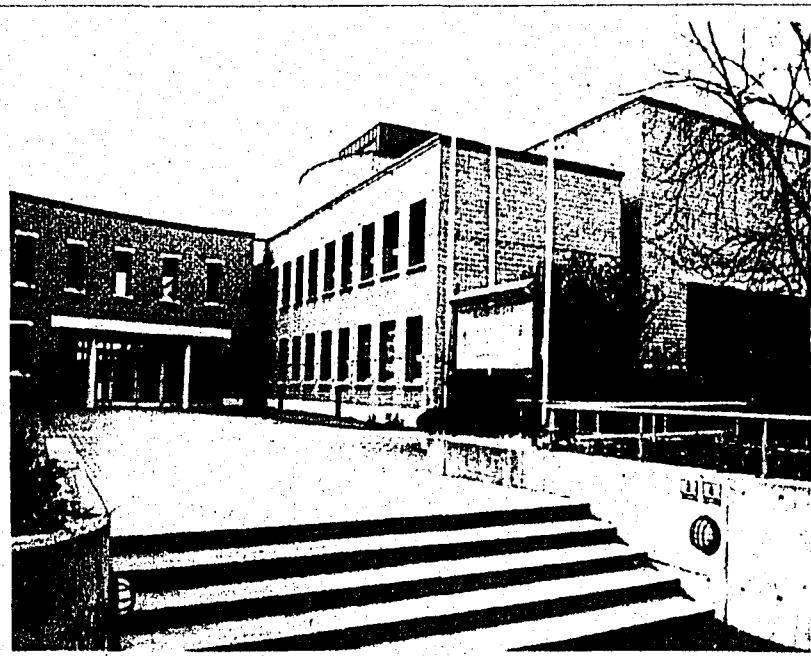
Herzlich willkommen...

... beim Tag der offenen Tür im Sicherheitszentrum

- Landespolizei
- Ausländer- und Passamt
- Aufnahmezentrum
- Untersuchungsgefängnis

- Freie Besichtigung, Führungen und Fachinformationen zu den verschiedenen Bereichen
- Möglichkeit zum Umtausch der falsch gedruckten Pässe
- Kostenlose Überprüfung Ihres PW durch Experten der Motorfahrzeugkontrolle: Bremsen, Spur, Stossdämpfer, Licht

Verpflegungszeit mit Bewirtung durch die Freiwillige Feuerwehr Vaduz



Samstag 13. März 04, 9.00 Uhr – 16.00 Uhr
Sicherheitszentrum, Gewerbeweg 2-8, 9490 Vaduz



Eine Information der Regierung des Fürstentums Liechtenstein